

Danziger Volksstimme

Einzelpreis 10 Danzig. Pfennig
mit „Volk und Zeit“ 20 Pfennige

Bezugspreis monatlich 2,50 Gulden, wöchentlich 0,50 Gulden,
in Deutschland 2,00 Goldmark, durch die Post 2,50 Gulden
monatlich. Anzeigen: die Belegz. Seite 0,30 Gulden, Re-
klamageselle 1,50 Gulden, in Deutschland 0,30 und 1,50 Gold-
mark. Abonnements- und Inseratenaufträge in Polen
nach dem Danziger Tageskurs.

Organ für die werktätige Bevölkerung der Freien Stadt Danzig

Geschäftsstelle: Danzig, Am Spandhaus Nr. 6
Postfachkonto: Danzig 2945
Fernsprecher: Für Schriftleitung 720.
für Anzeigen-Nachnahme, Zeitungs-
bestellung und Druckfachen 3290

Nr. 1

Freitag, den 2. Januar 1925

16. Jahrgang

Politische Neujahrsempfänge.

Eine Ansprache des Reichspräsidenten Ebert an das diplomatische Korps.

Reichspräsident Ebert empfing am Neujahrstage die Chefs der fremden diplomatischen Vertretungen in Deutschland. Die Glückwünsche des diplomatischen Korps brachte der apostolische Nuntius Monsignore Vacelli als Botschafter mit folgender Ansprache zum Ausdruck:

„Als ich mich in den verflochtenen Jahren des ehrenvollen Auftrags entledigte, Ihnen die Glückwünsche des diplomatischen Korps darzubieten, habe ich mich zum Dolmetsch der tiefen und peinlichen Sorgen der Stunde machen müssen und habe zugleich dem Wunsche Ausdruck gegeben nach einer besseren, nach einer von Nächstenliebe, Gerechtigkeit und Frieden erfüllten Zukunft, ein Wunsch, der von allen meinen hervorragenden Kollegen im Herzen getragen wurde.“

Ungeachtet der unablässig wieder auftauchenden Schwierigkeiten und Hindernisse scheint es, als ob dieser Wunsch sich zu erfüllen begonnen habe. Wir sind glücklich, die Morgenröthe dieses neuen Jahres zu begrüßen als eine Morgenröthe des Wiederaufbaues und des Fortschritts. In dem Jahre, das soeben zur Reize gegangen ist, sind sehr ernste und schwierige internationale Probleme ihrer Lösung nähergebracht worden. Mit neuer Kraft haben die Völker an die Arbeit gehen können, die für die gefittete Welt ruhmvolle Glanz und berechtigten Stolz bedeutet und in der gerade die Nation, deren höchstes Amt Sie, Herr Reichspräsident, ausüben, sich hervorragend auszeichnet. So dehnt der Mensch, Erde, Wasser und Luft meistend, die friedlichen Errungenschaften der Wissenschaft und die wunderbaren Fortschritte der Technik auf alle Gebiete der Natur aus; die herrlichen Luftfahrzeuge der verschiedensten Länder erheben sich ohne Furcht in den Weltraum, es schwindet die Entfernung zwischen den fernsten Völkern und Ländern. Möchten mit Hilfe der Vorsehung diese hervorragenden Erfolge das Unterpfand bilden für einen engeren Zusammenhalt, für eine innigere und herzlichere Brüderlichkeit zwischen den Völkern, möchten sie das Wahrzeichen eines mächtigeren Emporklages der Seelen sein zu den höheren Regionen der Wahrheit, Gerechtigkeit und Güte.

Von diesen Gedanken erfüllt, entbietet das vereintete diplomatische Korps Ihrer Person und dem deutschen Volke die warmsten Wünsche für Gedeihen und Glück.

Der Reichspräsident erwiderte mit folgenden Worten: „Es ist mir eine lebhafte Befriedigung, mit Ihnen feststellen zu können, daß im vergangenen Jahre an der Behandlung schwerwiegender internationaler Fragen in einem Geiste gearbeitet worden ist, der die Hoffnung auf eine Lösung im Wege der Versöhnung und Verständigung neu belebt hat. Möge der Wille zur Gerechtigkeit und der Geist des Friedens auch im kommenden Jahre die Regierungen bei den noch der Lösung harrenden Entscheidungen befehlen, und möge so das, was im vergangenen Jahre erfolgreich begonnen wurde, auch im kommenden Jahre glücklich weitergeführt werden. Auch die Fragen, deren Regelung noch offensteht und deren Lösung der nächsten Zeit vorbehalten ist, sind von schwerwiegender und weittragender Bedeutung für die Zukunft nicht nur Deutschlands, sondern auch Europas und der Welt; es wird der Anstrengung aller Regierungen und aller Völker bedürfen, um auch hier den Geist des Rechts und des Friedens den Weg bestimmen zu lassen, auf dem die europäische Ordnung endgültig wiederhergestellt werden soll. Nur dann, wenn diese Aufgabe gelingt, wird auch in den Herzen der Völker der Friede feste und lebensstarke Wurzel fassen können, nur dann werden die Vorbedingungen geschaffen sein, die unerlässlich sind für den Wiederaufbau Europas und einer Welt, in der friedliche Völker in edler Weisheit gemeinsam arbeiten am Fortschritt der Götterbildung und einer in den Dienst des Friedens gestellten Technik. Das deutsche Volk ist gewillt, unter Einsetzung aller seiner Kräfte an die Wiederaufbau mitzuarbeiten, und wünscht, dazu beitragen zu können, daß für die ganze Welt eine neue Ära des Fortschritts, der Freundschaft und des Friedens anheben möge.“

Darauf begrüßte der Reichspräsident die einzelnen Botschafter, Gesandten und Geschäftsträger und wechselte mit ihnen Neujahrswünsche. Später übermittelten der Reichspräsident Walraf und die Vizepräsidenten Dr. Nieber und Dittmann die Wünsche des Reichspräsidenten und der Ministerialdirektor im Preussischen Staatsministerium, Dr. Rohde, der bayerische Minister Dr. Münzel und der bayerische Staatsrat Dr. v. Wolf als Vertreter des Reichsrats die Glückwünsche dieser Körperschaft. Für die Bezeichnung erziehlichen General v. Seedi und Konteradmiral Rahler, die dem Reichspräsidenten die Glückwünsche des Heeres und der Marine ansprachen.

Der Präsident der Republik Frankreich hat am Neujahrstag vornehmlich die Mitglieder der Regierung mit Ausnahme des erkrankten Ministerpräsidenten, sodann die Präsidenten von Kammer und Senat und nachmittags das diplomatische Korps empfangen. Dabei hielt der päpstliche Nuntius Geretti eine Ansprache, in der er erklärte, daß es, um die Wunden, die der Krieg geschlagen hat, zu lindern, nicht genüge, den Frieden zu lieben, und ihn herbeizuführen, sondern man müsse auch an ihm arbeiten und täglich in seinen Diensten stehen. Man müsse in der Welt den Geist der Zusammenarbeit und der Güte pflegen und so gegenseitige Liebe entwickeln. Der Präsident antwortete, daß sich Frankreich diesen Friedenswünschen voll und ganz anschließe.

„...treich sei sich bemüht, im Laufe des vergangenen Jahres ein Beispiel gegeben zu haben, wie man Friedenspolitik treibt. Es habe sich bemüht, Fragen, die seine Lebensinteressen berührten, im Geiste der Versöhnung und der Gerechtigkeit zu lösen.“

Die Kölner Note der Entente.

Die Botschafterkonferenz hat Silvester eine Sitzung abgehalten. Nach Beendigung derselben ist folgendes Communiqué ausgegeben worden:

„Die Botschafterkonferenz hat um 4.30 Uhr nachmittags unter dem Vorsitz von Jules Cambon eine Sitzung abgehalten. Sie hat den alliierten Regierungen den Text der Note, den sie nach ihren Instruktionen zwecks Mitteilung an die deutsche Regierung betreffs der Kölner Zone vorbereitet hat, übermittelt. Die Übermittlung an die deutsche Regierung wird durch Vermittlung der alliierten Botschafter in Berlin erfolgen. Die Note wird erst veröffentlicht werden, nachdem die Demarche stattgefunden hat.“

Übermittlung der Note Anfang nächster Woche.

Savas teilt mit, daß die Botschafterkonferenz sich ohne Schwierigkeiten über den Text der Note geeinigt habe, die Anfang nächster Woche der deutschen Regierung übermittelt wird. Da es sich um eine Entscheidung der alliierten Regierungen handle, würden diese die Kollektivnote der deutschen Regierung zustellen. Die Mitteilung sei sehr kurz und erkläre mit unwiderlegbarer Klarheit, daß die Räumung der Kölner Zone am 10. Januar nicht erfolgen könne, weil Deutschland seine Verpflichtungen aus dem Friedensvertrage, namentlich hinsichtlich der Entwaffnung, offenkundig nicht ausgeführt habe.

Die Frage der Regierungsbildung im Reich.

Am Freitagmorgen nimmt die „Zeit“, das Organ des Reichsaussenministers, unter der Überschrift „Ein überparteiliches bürgerliches Kabinett?“ zur Kabinettsbildung wie folgt Stellung:

Die Wirren in Albanien.

Von Dr. Arisches Weghian.

Albanien ist von jeher das Land der Wirren gewesen. Erst vor einigen Monaten, im Mai 1924, war in Albanien ein Aufstand gegen die damalige Regierung Ahmed Zogus ausgebrochen, schließlich hatte man sie auch gestürzt und eine neue unter Führung des Erzbischofs Fan Noli zur Herrschaft gebracht, als wieder vor ganz kurzem ein neuer Aufstand unter Führung des vormals gestürzten Ministerpräsidenten Ahmed Zogu an die Reihe kam. Nach etwa zweiwöchigen Kämpfen ist es dem letzteren gelungen, wieder einmal in Albanien Herr der Lage zu werden; Fan Noli aber misstraut seinen Ministern und dem Generalkommando wurde gezwungen, das Land zu verlassen und auf den Schiffen des Adriatischen Meeres Zuflucht zu suchen.

Die immer wiederkehrenden Ereignisse in Albanien lassen sich sowohl durch innen- als auch außenpolitische Momente und Kräfte erklären. Albanien, dieses wilde Gebirgsland am Adriatischen Meere (28.000 Quadratkilometer und 850.000 Einwohner), ist erst 1912 während des Balkankrieges in die Reihe der unabhängigen Staaten Europas eingetreten. In der Londoner Konferenz von 1913 verzichtete die Türkei auf ihre souveränen Rechte in Albanien, und dieses letztere wurde als ein selbständiges Fürstentum ausgerufen. Kaum war jedoch der Prinz Wilhelm Wied in Durazzo, dem Zentrum des Landes, eingesetzt, als er bald wieder, gleich nach dem Ausbruch des Weltkrieges das Land verlassen mußte. Albanien wurde nachher der Reihenfolge nach von den Streitmächten besetzt. Nach dem Schluß des Krieges ist zwar Albanien wieder unabhängig geworden, eine endgültige Regelung seiner staatsrechtlichen und internationalen Verhältnisse ist jedoch noch nicht getroffen worden, wenn auch der Völkerbund Albanien Selbständigkeit garantiert hat.

Durch die Hilfe fremder Mächte — hauptsächlich durch die Intervention Italiens — zur Unabhängigkeit gelangt ist jedoch Albanien seit den ersten Tagen seines Bestehens zum Objekt der Streitigkeiten und Eroberungspläne der Nachbarstaaten, darum auch zu einem künftigen Anführer gemacht worden. In Betracht kommen also Italien, Jugoslawien und Griechenland. Es scheint keinem Zweifel zu unterliegen, wie auch die „Chicago Tribune“ nicht ohne Grund behauptet, daß schon vor einigen Monaten eine geheime Abmachung zwischen den genannten Staaten getroffen worden ist, kraft deren im Falle eventueller „albanischer Fortdauerender Kämpfe“ Italien Zentralalbanien, Jugoslawien Nordalbanien und Griechenland Südalbanien besetzen sollten. Weiter zur Vorbereitung dieser auf Dauer berechneten Beziehungen“ crachte Italien den Ausbruch einer wirklichen Revolution in Albanien „für erforderlich“.

Es ist nun erklärlich, warum nicht Italien in den letzten Ereignissen Albanien zugunsten und zum Schutze Fan Nolis intervenierte; ohne Italien, ohne die Hilfe seines Patrons, wäre ja der nun gestürzte Ministerpräsident seinerzeit kaum aus Ruder gelangt. Wenn auch die italienischen Blätter er-

„Die Frage der Regierungsbildung wird von heute an wieder aktiv aufgenommen werden. Man wird sie bald zu einem Ergebnis führen müssen, da ja auch wegen der schwebenden außenpolitischen Entscheidungen eine verhandlungswillige Regierung vorhanden sein muß. Eine Betrauung des bisherigen Reichskanzlers Marx mit der Regierungsbildung ist noch nicht erfolgt. Es bleibt abzuwarten, ob der Reichspräsident vielleicht versucht, noch die Vertreter der beiden stärksten Parteien, also der Sozialdemokraten und Deutschen nationalen, über die Lage in dem Sinne zu befragen, ob sie keine Möglichkeit sehen, die Kabinettsbildung zu übernehmen. Wenn die Parteien bei ihren bisherigen Beschlüssen beharren, ist eine solche Bildung allerdings nicht möglich, da das Zentrum und die Deutsche Volkspartei ihre Ansichten jedenfalls nicht ändern werden. In diesem Falle ist damit zu rechnen, daß der Reichspräsident ein überparteiliches bürgerliches Kabinett bildet, ohne Anlehnung an die Fraktionen. Schon die nächsten Tage dürften hierüber Klarheit bringen.“

Französischer Pazifikkongreß.

Verlach für deutsch-französische Zusammenarbeit.

Auf dem Jahreskongreß der französischen Liga für Menschenrechte in Marseille sprach auch der Vorsitzende der deutschen Liga für Menschenrechte Helmuth v. Gerlach. Bei der Besprechung der Raumungsfrage gab v. Gerlach dem Bedauern darüber Ausdruck, daß durch die Verweigerung der Räumung das Vertrauen des deutschen Volkes in die Fortsetzung der so hoffnungsvoll von der französischen Regierung begonnenen Versöhnungspolitik erschüttert worden sei. Das deutsche Volk wisse in seiner großen Mehrheit gar nichts von den Bedingungen, die an die Räumung geknüpft worden seien. In diesem Punkte sei größere Aufklärungsarbeit zu leisten. Die deutschen und die französischen Republikaner müßten sich mehr als bisher gegenseitig unterstützen in dem Bestreben, auf ihre Regierungen im Sinne der Verständigungspolitik einzuwirken.

Bei der Besprechung der Frage des Eintritts Deutschlands in den Völkerbund sprach v. Gerlach die Überzeugung aus, daß Deutschland ein Mandat über seine Kolonien durch den Völkerbund übertragen werden müsse. Der Redner schloß mit der Versicherung, daß ein Tag kommen werde, wo jeder gute Franzose ausrufen werde: „Es lebe Deutschland und jeder gute Deutsche, es lebe Frankreich!“ v. Gerlach fand mit seinem Vortrag für 11 Minuten Beifall in der Versammlung.

flären, Albanien sei für Italien daselbe, was Belgien für England ist, also eine Einmischung dritter Mächte sei unzulässig, so hat eine solche doch stattgefunden und steht nicht ohne eine vorherige Abmachung. Denn es ist auch andererseits ein unverhülltes „Geheimnis“, daß Jugoslawien den letzten Aufstand Ahmed Zogus tatkräftig unterstützt hat. Nicht ohne Grund hatte Fan Noli dem Völkerbunde und den Ostmächten Protestschreiben in diesem Sinne vorgelegt. Er behauptete nämlich, Jugoslawien hätte nicht nur die Revolution in Albanien organisiert und den Aufständischen Waffen geliefert, sondern auch Truppenunterstützungen gewährt. Allerdings behauptet Belgrad die albanischen Beistandungen, aber es gibt ja keinen Rauch ohne Feuer. England verfuhrte eben seinerseits in den albanischen Angelegenheiten zu intervenieren — englische Petroleumgesellschaften haben in Albanien Konzessionen erworben —, auch der Völkerbund schien sich damit zu befassen, „mit allen ihm zu Gebote stehenden Mitteln für die Souveränität Albanien einzutreten“. Inzwischen ist aber der Aufstand in Albanien „zum Schluß“ gebracht worden, und Ahmed Zogu steht gegenwärtig wieder am Ruder der Landesregierung. Es ist aber mehr als zweifelhaft, ob die nun geschaffene Lage und eine dauerhafte Ruhe in diesem Lande überhaupt Bestand haben können. Darin spielen eben nicht nur außenpolitische Motive, sondern auch innere Verhältnisse des Landes eine große Rolle.

Vor allem muß hier die Tatsache festgestellt werden, daß Albanien fast nie im Laufe der Geschichte eine unabhängige politische Existenz gehabt hat. Das gegenwärtige Albanien ist mehr eine Schöpfung der Realität der Mächte als eine politisch-kulturelle Errungenschaft des albanischen Volkes selbst. Innerlich stellt das albanische Volk kaum eine geschlossene Einheit dar. Ihrer Abstammung und Sprache nach sind zwar die Albaner — die Nachfolger der alten Illyrier — ein Volkstum für sich, ein besonderer Stammesstamm unter den indogermanischen Völkern, aber sie stehen gegenwärtig auf einer niedrigeren Stufe der historischen Entwicklung. In sozialer und religiöser Hinsicht sind sie untereinander uneins, auch kulturell sind die Albaner sehr rückständig, vielleicht das rückständigste Volk in ganz Europa. Nicht ohne Grund hat man sie darum „die europäischen Kurden“ genannt. Nicht einmal die Sitte der Blutrache ist bis heute bei den Albanern beseitigt. Demgemäß sind verschiedene albanische Stämme bemüht, einander anzurichten. Schulen, Presseorgane, intellektuelle Schichten im albanischen Volke sind seltenheiten. Auch in religiöser Hinsicht sind sie kein Ganzes. Der größte Teil der Albaner, die in Mittelalbanien wohnhaft sind, ist mohammedanisch (850.000), die Nordalbaner sind römisch-katholisch (100.000), die Südalbaner aber orthodoxe Christen (200.000). Der religiöse Haß ist unter den andersgläubigen Volksgenossen ziemlich stark. Auch sprachlich unterscheiden sich der Norden und der Süden Albanien voneinander in einem gewissen Grade. Hier sind die gegläubte Mundart und das lateinische Alphabet,

Danziger Nachrichten

Das neue Jahr.

Mit altem Brauch wurde nicht gebrochen: Jubel und Trubel begleiteten auch diesen Jahreswechsel. Die Freude, das alte Jahr mit seinen Sorgen und Nöten vorbei ist, wurde allenthalben in üblicher Weise offenbart. In den Lokalen, in den Familien und auf den Straßen, überall herrschte ausgelassener Silvestertrubel. Der Grog und Punch ohne die sich nur erst wenige fröhliche Abende bereiten können, dominierten. Sie mußten fernhalten, um die Gemüter in „Stimmung“ zu halten. Von kleineren Zwischenfällen abgesehen, blieb man von Hebersteigerung der alljährlichen „Gemütlichkeit“ glücklicherweise verschont. Obwohl die milde Bitterung den Ausbruch in freien Konversationen, war der Verkehr auf Plätzen und Straßen nicht übermäßig stark. Man begnügte sich mit dem normalen Silvesterlärm und sorgte im übrigen ausgiebig dafür, daß die Scherzartikel für „Sport“ in Anwendung kamen. Doch gestern konnte man die Spuren dieser Silvesterfreude in großen Danien bunter Forterreite in den Wägen sehen. Aber: all herrschte der Optimismus, obwohl er noch fast jedes Jahr die Hoffnungen unerfüllt gelassen hat. In den verkümmerten Kreisen ist man unter dem Zwange der wirtschaftlichen Not und einer besseren Einsicht nachgebend, immer mehr von dem lärmenden Neujahrsempfang abgekomen. Mit Recht. Keine noch so große Ausgelassenheit kann und darf darüber hinwegtäuschen, daß auch das neue Jahr keine Wunder bringen wird, sondern daß die Verhältnisse nur im ständigen harten Kampf gebessert werden können.

Suchs im Neujahr-Spiegel.

In Familienkreisen ist es am Silvesterabend üblich, Blei zu gießen, um daraus dann die Zukunft zu lesen. Wenn die Prophezeiungen auch in den meisten Fällen nicht eintreten, so ist dieser Silvesterbrauch doch ein harmloses Vergnügen für bescheidene Gemüter. Diese bescheidenen Gemüter sind bei uns auch meistens Feiler der „Danziger Neujahr Nachrichten“ und um ihnen noch eine spezielle Freude zu bereiten, hatte das Blatt als Bleigießer- und Neujahrsvorläufer eine Reihe hoher und höchster Danziger Persönlichkeiten angesprochen, die in der Silvesternummer ihre prophetische Begabung erprobte. Gleich siebenzehn Weise vom Weichselstrand sagten in spaltenlangen Artikeln ihr Neujahrsprüchlein her. Aber wenn der gebildete Leser sich durch all die Neujahrstrachtungen durchgelesen hatte, merkte er, daß er nur auf einer Eiswiese agierte, wo er mit Redensarten gesättigt wurde. Der einzige positive Gedanke in diesem Neujahrskunstwerk war die Klage verschiedener Unternehmervertreter, daß die Wirtschaft in Danzig noch zu viel „geschlechte Fesseln“ habe, womit wohl in erster Linie der Achtstundentag gemeint ist.

Während das Suchsblatt, als „Führer des Danziger Wirtschaftslebens“, alle bekannten Danziger Industriellen und Geschäftsmacher aufzählt, läßt es fehlen gänzlich die Führer der Arbeiterbewegung. Wenn auch die Führer der maßgebenden Gewerkschaften in Danzig als Mitarbeiter beim Suchsblatt selbstverständlich ausschalten, so ist es doch immerhin kennzeichnend für den Charakter des Blattes, daß es kein Artikel der „Größen“ der bürgerlichen Arbeiterbewegung bringt. Nur Unternehmerratschläge sind für dies Blatt maßgebend, das leider noch immer von indifferenten Arbeitern gelesen wird. Weder Herr Gaitowski noch Frau Adelheid Mohr zählen nach Ansicht der „D. N.“ zu den führenden Wirtschaftlern Danzigs, und der „Schriftsteller“ (nach eigener Angabe) und augenblickliche deutsch-nationale Handlungsgehilfenführer Edmund Wannen, der jetzt soviel schöne Reden von der deutschen Volks- und Schicksalsgemeinschaft hält, wurden nicht für würdig erachtet, auch nur Suchsätze Silvestergemütern mit den Herrn Rawitter und Unger zu bilden. Ja, undank ist der Welt Lohn. Ungelöst bleibt die Frage, ob man die bürgerlich geformten Arbeiter und Angestellten mehr wegen ihres Leiborgans oder wegen der von ihrem Leiborgan mit Nichtachtung behandelten Führer bemitleiden soll.

Neujahrsempfang beim Senat.

Der Senat hatte gestern Abend die Vertreter der fremden Staaten in Danzig, führende Persönlichkeiten aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben und die Presse zu einem Neujahrsempfang zum Artushof geladen. Die zahlreiche Erscheinungen tauschten mit dem Senatspräsidenten und dann untereinander Neujahrswünsche und grüßten sich dann zwanglos, an kleinen Tischen die gästlichen Gaben des Senats genießend. Düstere Ansprachen wurden nicht gehalten. Nach zweistündigem Beisammensein trennte man sich.

Anläßlich des Neujahrsempfanges überbrachten am Vormittag fünf Familien in der Freien Stadt Danzig amtierender Vertreter fremder Staaten, der diplomatischen Vertreter der Republik Polen mit mehreren Herren seines Stabes, die meisten Mitglieder des Konsularkorps unter Führung des englischen Konsuls als derzeitigen Vorgesetzten, der Präsident des Hafenausschusses dem Präsidenten des Senats ihre Glückwünsche.

Lagung der Postbeamten.

Am Montag, den 29. Dezember v. J., fand im Hauptpostamt unter der Beteiligung der Mitglieder eine Vollversammlung des Bundes der Post- und Telegraphenbeamten statt. Zum Anlaß der von Gärten in der Personal- und Besoldungsordnung lagen mehrere Anträge der Fachvereine vor; es wurde ein besonderer Ausschuss gewählt, der diese Anträge zunächst überarbeiten soll, bevor ihre Weitergabe an den Danziger Beamtenbund erfolgt. — Die seit längerer Zeit geplante Aufstellung einer Gedächtnisliste im Gebäude der Post- und Telegraphenbeamten des früheren Oberpostdirektionsbezirks Danzig wurde von der Versammlung einstimmig beschlossen; die Kosten sollen durch eine Umlage aufgebracht werden. — Der Vorsitzende gab dann einen kurzen Rückblick auf den Gang der letzten Besoldungsvorhandlungen; in der sich daran anschließenden Ansprache kam wiederholt zum Ausdruck, daß die Gehaltsaufbesserung den Hoffnungen und Erwartungen der unteren Besoldungsgruppen nicht entsprechen habe. — Die Versammlung wählte ferner einen Ausschuss, der die Leistungen der Postbetriebskrankenkasse nachprüfen und dem Vorstand der Postkrankenkasse Vor schläge für Verbesserungen machen soll. — Die vom Danziger Beamtenbund in Aussicht genommene Beitragserhöhung wurde eingehend erörtert. Die Abstimmung ergab, daß die Mehrheit der Versammlung mit einem Abbau der Beitragsbeiträge einverstanden war. Die Vertreter der Beamtenbünde wurden

daher ermächtigt, einer mäßigen Erhöhung des Beitrags unter Beibehaltung der sozialen Fürsorge zuzustimmen. Der Vorsitzende teilte mit, daß der Senat Baugelände in Ziganenberg für 5 Pfg. Erbhauzins pro Quadratmeter zur Verfügung gestellt habe. — Der vorgerkündete Zeit wegen müßten mehrere Punkte der Tagesordnung zurückgestellt werden.

Die alte Hege.

Für einen Wirtschaftskrieg gegen Danzig versuchte die „Gazeta Warszawska“ in einem längeren Artikel „Was Danzig ist und was es sein soll“ erneut Stimmung zu machen. Das Blatt behauptet, daß Danzig bisher als Export- und Importhafen nur für das Lodzer Industriegebiet für Polen und Pommern seine Aufgabe erfüllt habe. Klein-Polen und Schlesien sowie die östlichen Wojewodschaften hätten jedoch den Danziger Hafen „notgedrungen“ gemieden. Es heißt wörtlich: „Polen kann nicht immer seine Waren über Danzig leiten, weil Danzig aus politischen Gründen polenfeindlich ist.“ Inwiefern die Bedingungen nun für die einzelnen Gebiete Polens verschiedene sind, verrät das Blatt jedoch nicht.

Es verlangt jedoch, daß man einen „wirtschaftlichen Krieg gegen Danzig“ führen solle, wenn Danzig Schwierigkeiten mache. Man brauche dazu nur den polnischen Handel allmählich von Danzig „nach dem großen Ödningen“ lenken. Das Blatt verlangt dann, daß der Kampf konsequent sein müsse, denn eine „milde Behandlung“ mache die Politiker der Freistadt Polen gegenüber immer frecher. Das Blatt warnt dann davor, daß man anstelle über Danzig die Waren über Stettin lenke. Man solle alles Geld für Ödningen sammeln. Es folgen noch verschiedene Anwürfe gegen Danzig wie, daß Danzig vom preussischen Feldwebel „das Kaufrecht einacmpft wäre“ und anderes.

Es zeugt von einer sehr mangelhaften Kenntnis der wirtschaftlichen Interessen Polens, wenn ernste Blätter wie die „Gazeta Warszawska“, wirtschaftliche Fragen von solchen Gesichtspunkten aus betrachten. Man sollte sich darüber klar sein, daß Ödningen noch kein „großer Hafen“ ist und daß es in absehbarer Zeit ein solcher auch nicht werden kann, daß aber mit einem Bankrott Danzigs Danzig zwar schwer getroffen würde, schwerer aber noch der gesamte polnische Handel und die Industrie.

Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung

Ist im Gesetzblatt für die Freie Stadt Danzig veröffentlicht worden. Das vom Volkstag in seiner Sitzung vom 19. Dezember auf sozialdemokratischen Antrag beschlossene Gesetz hat nunmehr Rechtskraft erhalten. Der Senat hat sich also mit der Befreiung des Gesetzes reichlich Zeit gelassen, obwohl ihm im Volkstag nahegelegt worden war, die erhöhten Sätze noch vor Weihnachten zur Auszahlung zu bringen. Mit Wirkung vom 1. Dezember betragen die neuen Unterstützungsätze für männliche und weibliche Personen: über 21 Jahre, sofern sie nicht im Haushalt eines anderen leben 1,95 G., über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben 1,70 G., unter 21 Jahren 1,25 G. Die Familienzuschläge für: den Ehegatten 0,60 G., für Kinder und sonstige unterhaltsberechtigten Angehörige 0,45 G. pro Tag.

Elle Heims im Wilhelmtheater.

In der Reihe der Gastspiele, die die Direktion des Wilhelm-Theaters mit bekannten Bühnenmächtigen im Laufe dieses Monats vorzuführen gedenkt, ist Elle Heims die erste, und das ist ein guter Anfang. Zwar ist das Stück von Sil-Vara, das die Tragik der „Frau von vierzig Jahren“ dramatisch behandelt, nicht eben von bedeutender Qualität, es ist reichlich indermännlich und sentimental. (Uebrigens sei an das derbe Bonmot von Anton Wildgans erinnert, wonach es nicht auf die Töne, sondern auf den Knochenbau ankaeme!) Doch wenn die Heims diese Frau spielt, die um ihr letztes Abenteuer kämpft, glaubt man ihm mit Hingebung reißend alles und verzehrt es dem Jüngling Felix nicht, daß er solch herrliches Weien wegen eines netten Hänchens im Stich läßt, bloß weil es der Autor so will. Elle Heims befreit sich schon das rein Artistische ihrer Rolle so vollkommen, so virtuos, daß man ihr bewundernd folgt — sie kann wirklich den Schmerz (die einzige Talentprobe für einen Schauspielers), den qualvollen Schrei, kann auch strahlend lächlich, unwiderlichlich übermütig sein, und wenn sie den Geliebten abkühlt, ergreift einen purer Reiz. Dabei ist sie mitten in der härtesten Routine von echter Menschlichkeit umwittert, ihre seelische Reingehit wird durch ihr technisches Können nie erlöset, hingegen aus eminenteste gehiebert. Um diese Virtuosität leuchtet ein unvergleichlicher Adel und eine befruchtende weibliche Wärme und Anmut. (Der ihre Miene von Barnhelm kennt, weiß es unaussprechlich.) Neben der Heims hielten sich die übrigen Mitwirkenden nur schwer. Ihr Partner, Herr Mattioni, erziehen erst von der Mitte der Vorführung an sympathisch, hellenweise entzündete er sich allerdings überzeugender an der Berne seiner Leonie. Gut Herta Barb als Pensionärin und Marianne Pratt als warnende, verführerische Schablone der Feldin. Die Bühne war geschmackvoll hergerichtet, das Publikum klatschte begeistert. R. R.

Die Winterbeihilfen an Militär-Rentenempfänger.

Wie bekannt, haben der Senat und das Danziger Wohlfahrtsamt nach längeren Verhandlungen zwischen dem Kriegsbeschädigtenrat und den Senatvertretern sich bereit erklärt, den beschützigen Kriegsbeschädigten eine Winterbeihilfe zu gewähren und zwar wurden als beherrschende tatsächliche Zusatzrentenempfänger erachtet. Außerdem wurde auch freigestellt, in besonderen Fällen Anträge auf Gewährung von Winterbeihilfen zu stellen; nach Prüfung der Bedürftigkeit sollte dann die Winterbeihilfe je nach Lage des Falles gewährt werden. Der Reichsbund der Kriegsbeschädigten hielt es für nötig, auch an sämtliche Kreise und größere Gemeinden heranzutreten, um auch hier zum mindesten für die Zusatzrentenempfänger die Winterbeihilfe zu erlangen. Der Kreisverband des Kreises Danziger Höhe teilte darauf mit, daß er nicht in der Lage sei, den beschützigen Kriegsrentenempfängern eine Beihilfe zu gewähren, da ihm die Mittel hierfür nicht zur Verfügung ständen. Er vertritt die Kriegsopfer mit der Versicherung, daß der Kreisverband diese Eingabe des Reichsbundes an den Senat zur Berücksichtigung weiterleiten werde.

Der Gemeindevorstand Ohra erwiderte, daß Zusammen aus Wohlfahrtsmitteln der Gemeinde nur an bedürftige Personen gemacht werden könnten. Auch bei Kriegsbeschädigten müsse Bedürftigkeit bestehen, wenn sie Zusammen erhalten sollen. Nach diesen Grundrissen würden schon jetzt Kriegsbeschädigte Gemeindegeldgehörige laufend und einmalig unterstützt. Sollten hilfbedürftige Kriegsbeschädigte in der Gemeinde Ohra bekannt sein, die aus Wohlfahrtsmitteln nicht unterstützt werden, so heißt der Gemeindevorstand es anheim, sie namhaft zu machen. Sie

werden dann, falls die zur Prüfung derartiger Anträge von der Gemeindevertretung gewählte Kommission Bedürftigkeit anerkennt, ebenfalls unterstützt werden.

Auch der Bezirksausschuss des Kreises Großes Werder antwortete, daß er dem Antrage nicht entgegen käme, da ihm Mittel hierfür nicht zur Verfügung ständen. Sollte in einzelnen Fällen eine dringende Notlage vorliegen, so könnten bei der Fürsorgestelle des Kreises Anträge gestellt werden.

Das Fürsorgeamt Roppet teilt mit, daß im städt. Etat Mittel vorgeesehen sind, aus denen nach bestimmten, vom Magistrat festgelegten Sätzen die Zusatzrentenempfänger eine Weihnachtsgabe in Bargeld erhalten. Der Kreis-ausschuss Danziger Niederung bemerkte, daß er den Antrag der Hauptfürsorgestelle Danzig überreicht hat mit der Bitte, beim Senat weitere Mittel zu erwirken. Ferner wird in dem gefandten Schreiben mitgeteilt, daß bereits eine größere Summe aus Kreismitteln zur Beschaffung von Brennmaterial für die beschützigen Kriegsbeschädigten an die einzelnen Ortsgruppenvorsteher zur Zahlung angewiesen ist. Es ist bekannt geworden, daß darauf in einzelnen Gemeinden die Kriegsopfer eine Beihilfe in Höhe von 5.— Gulden (!) erhalten haben.

Selbstmord einer als Spionin verdächtigten Frau. „Kurier Voranng“ meldet, daß die als Spionin verhaftete und dann unter polizeilicher Aufsicht freigelassene Frau Marqot Mirax auf der Eisenbahnbrücke bei Warschau Selbstmord begangen hat. Man fand bei ihr Briefe an ihre Mutter in Danzig, an ihren Bräutigam und eine Freundin, aus denen hervorgeht, daß sie sich das Leben genommen hat, weil sie als Spionin verurteilt würde.

Der neue Gerichtspräsident Dr. Gruber ist am 15. Mai 1867 in Weimerien (Hannover) geboren. Nachdem er am 4. Juli 1894 die große Staatsprüfung bestanden hatte, war er 1896 bis 1899 als Hilfsarbeiter im preussischen Justizministerium tätig. 1899 bis 1902 wirkte er als Dozent an der Akademie für Polizei- und Gefängnisbeamte in Tokio. Von 1902 bis 1914 war er Obergericht des Kantonsgebietes. Von 1915 bis 1919 war er als Leiter der Kaufhausverwaltung in Shanghai tätig. Seit 1920 arbeitete er im preussischen Justizministerium. Hier leitete er die Abteilung zur Ausführung des Friedensvertrages. Grubers Sonderarbeitsgebiet betrifft das Strafrecht. Daneben hat er einen Kommentar zum preussischen Erbschaftssteuergesetz und einen Kommentar zum preussischen Ausführungsgesetz zum BGB. herausgegeben. Das Berliner Stimmblatt, die „Dtsch. Wta. Ztg.“ begrüßt die Wahl Dr. Grubers zum Gerichtspräsidenten in Danzig und knüpft daran den doppelstimmigen Wunsch, Dr. Grubers möge für eine gleichmäßige Rechtsentwicklung Deutschlands und Danzigs eintreten. Wir müssen geteilen, uns wäre eine Linksentwicklung inmpathischer!

Eine unangenehme Silvestererinnerung trug der 22 Jahre alte Hilfsrangier Kurt Partowski, Krähberg 9, davon, der am Silvesterabend am Rohnhof mit jungen Leuten in Streit geriet, wobei auch das Messer eine Rolle spielte. Er erhielt zwei Wunden im Rücken, außerdem wurde ihm die Sehne der rechten Hand durchschnitten.

Brecznanski und der Lunapark. Die Direktion des Lunaparks hält zu der verbreiteten Nachricht, noch der der verhaftete Danziger Bankier Brecznanski Inhaber der Aktienmajorität des Lunaparks sei, daß Brecznanski weder Inhaber des Lunaparks je gewesen sei, noch sich im Besitze der Aktienmajorität befinde. Die letztere liege seit mehreren Jahren in Händen einer Finanzgruppe, die keinerlei Beziehungen zu Brecznanski und seinen Unternehmungen habe.

Der Aufsichtsrat der „Difos“-Gesellschaft bezieht nach den Wahlen der letzten Generalversammlung aus folgenden Personen: Senator Volk Runge, Vorsitzender, Justizrat Marian Helewicz, Senator Carl Kuch, Senator Gustav Kuch, Oberregierungsrat Dr. Mener-Parfhanien, Vize-Direktor Waclaw Weners, Großgrundbesitzer Graf Dr. Stanislaw Pedeni, Pemberg, Direktor Walter Bessak, Pemberg, Großgrundbesitzer Stanislaw Andros, Pemberg, Industrieller Josef Wozelak, Pemberg, Graf Franciszek Jasomski, Pemberg. Die Peflemmungen deutsch-nationaler „Mittelstandsblätter“ über eine Umwandlung des Betriebes nach Art der „Bauhütte“ sind also gegenstandslos geworden. Sonderbar ist aber, daß hier die Rede ist von einem Senator Gustav Kuch. Wir kennen nur einen Verleger Gustav Kuch, der vorübergehend Senator war.

Die Feuerwehr wurde am Mittwochmittag nach dem Hause Heilige-Geist-Gasse 30 gerufen, wo ein Schornsteinbrand ausgebrochen war. Am Neujahrstage brannte morgens gegen 9 Uhr Brotschäfer Weg 1, gegenüber der Paktischen Petroleum-Gesellschaft eine Wäscherei und der daneben liegende Raum. Das Feuer drohte einen großen Umhang anzunehmen, da Dachrinne und Treppe in nächster Nähe lagen und bereits Feuer gefangen hatten. Nach einstündiger Tätigkeit der Feuerwehr war jedoch jede Gefahr beseitigt.

Mieter und Untermieter. Ein Malermeister war mit seinem Untermieter nicht zufrieden. Nach mehrmaligen Mieterführungen kündigte er dem Untermieter. Letzterer aima dann zum Mietseignungsamt und erkundigte sich bei dem Direktor nach der Rechtslage. Dem Untermieter wurde gesagt, daß die Kündigung rechtswirksam sei. Der Untermieter teilte dies nun dem Malermeister mit, der darauf erwiderte, der Direktor könne ihm nicht helfen. Als der Untermieter am nächsten Tage nach Hause kam, fand er sein Zimmer trocken ausverkauft. Der Malermeister hatte sich nun vor dem Schöffengericht wegen Verletzung der Direktors zu verantworten. Das Gericht kam zur Freisprechung des Mieters. Die Animosität des Untermieters gegen den Knechtanten, die leicht beizubringen ist, sei derart, daß auf solch Veranlassung keine Verurteilung erfolgen könne.

Aus dem Fenster schreit ist am Mittwochmorgen der 73 Jahre alte Rentner Wilhelm Reauz, der in seiner Wohnung, Neuhofstraße, Fischmeisterweg, Rentier einhaken wollte. Der alte Herr erlitt durch den Sturz einen schweren Schenkelbruch und liegt im nächsten Krankenhaus heilungslos daneben.

Polizeibericht vom 1. und 2. Januar 1925. Festgenommen 26 Personen; darunter 6 wegen Diebstahls, 1 wegen Falschhandels, 2 wegen Verwehrens § 176, 178, 181, 1. 2 wegen schwerer Körperverletzung, 2 zur Festnahme aufgegeben, 2 wegen arthen Unfalls, 3 wegen Trunkenheit, 7 in Polizeifast, 3 obdachlose Personen.

Danziger Ständeamt vom 2. Januar 1925.

Todefälle: S. d. Kaufmanns Joseph Kretz, 5 J. 3 M. — S. d. Arbeiters Emil Stahl, 2 J. 7 M. — Ehefrau Auguste Geper geb. Thierert, 66 J. 4 M. — Raschinski Hermann Wichmann, 72 J. 3 M. — Rentner Gottfried Keller, 89 J. — Witwe Juliane Jiebuhr geb. Schulz, 82 J. 8 M. — Witwe Ottilie Ried geb. Reumann, 78 J. 9 M. — Schäferin Elisabeth Zimmermann, 11 J. 11 M.

Ein Schieber-Film.

Die „Geschäfte“ des Autischer-Konzerns.

Eine Staatsbank als Schieberzentrale.

Der Name „Autischer“ hat in der letzten Zeit die allgemeine Öffentlichkeit auf sich gelenkt. Die Vorgänge, die sich mit diesem Namen verbinden, muten an, wie eine moderne Abenteuererzählung im Film. Im Mittelpunkt des Spiels stehen zwei Männer, geschäftstüchtig, brutal in der Auswahl und Anwendung ihrer Mittel, mit Beziehungen nach allen möglichen Regierungskreisen und mit allen Wassern, besonders aber mit Sprengstoff, gewaschen. Von den beiden rührt Jakob Michael vom schnell entstandenen Michael-Konzern auf die feste Rentenmark. Zwan Autischer aber, mit den Instinkten des Devisenpekulanten unseiner Angedenken, stellt seine geschäftlichen Maßnahmen auf eine Rentenmarkinflation ein. Es ist also kein Zufall, wenn sich die Wege Jakob Michaels und Zwan Autischer in der Preussischen Staatsbank kreuzen. Die ganze Affäre ist eine Nachwirkung der Inflation und das Schicksal Zwan Autischer, des Opfers der Stabilisierung, und Jakob Michaels, des großen Deflationsgewinners, läßt sich nur auf dem äppigen, dem Vergehen und Entstehen großen Reichstums günstigen Boden der deutschen Geldverhältnisse begreifen.

Zwan Autischer machte seine „Geschäfte“ mit der Preussischen Staatsbank. Sie, die in der Inflation neun Zehntel ihres Goldkapitals verloren hat, hüfte an ihn rund 15 bis 20 Millionen ein, also mehr als ihr jetziges Goldkapital und ihre jetzigen Reserven betragen. Weiter verlor sie, was mehr zählt, den soliden Ruf eines Geldinstituts, das seit 1772 existiert. Geldgeber für Jakob Michael ist die Deutsche Reichsbank. Ob sie und wieviel sie an Michael verdient hat, kann natürlich nicht gesagt werden. Diese Aufklärung blieb die Reichsbank bisher der Öffentlichkeit schuldig.

An die beiden Gestalten, Autischer und Michael, schließt sich nun ein Requisit, wie es abenteuerlicher kaum ein Hintertreppenroman schreiber ausdenken kann: Nischennummern werden von einem Institut, das unter staatlicher Aufsicht steht, ohne auch nur annähernd hinreichende Deckung hergegeben, Fabriken, die als Deckung dienen und die kaum einige Hunderttausend Goldmark wert sind, legt man mit Millionen ein, ein Hanauer Lager wird für Appel und Ei vom Staat gekauft, zum Teil veramstet und dann demselben Staat für ganz erhebliche höhere Summen angehängt, um. Ueberall haben Beamte ihre Hände im Spiel, mit korrektem Schüttel und autem Lachsch. Auto, dem angehaltenen Verhältnis in Berlin W und dem Hakenkreuz, je nach Bedarf unter und über dem Rodkraag zu tragen: Beamte, die sich bestechen lassen, und wieder bestechen. Daran schließen sich: eine abenteuerliche rumänische Geländekauf, ein noch abenteuerlicherer Handel mit der Sowjethandelsdelegation, Pariser Gesellschaftsreisen mit Nischennummern von Damentasche, nächtliche Refoures in Berliner Bars, willkürliche Ausweitung von Geschäftskonkurrenten, Meinde, Verteilungen zum Meinde, größte Wechselkreierei usw. Doller kann es in keinem Wildwestfilm zugehen. Und zuletzt der Rüberhauptmann von Köpenick, der vor dem Staatsanwalt erscheint und angeblich im Auftrag des Oberstaatsanwalts die Freilassung von Autischer und Konforten verlangt. Nur die Unvergleichlichkeit des Staatsanwalts hat uns diesen Aktus, eine zweite Köpenickade, erspart.

Zu diesem Film gehört noch ein Regiebuch, aus dem der Zuschauer im Parkett erst das erkennen, was flimmernd auf der Leinwand geseht wird. Auch die ganze Autischer-Affäre ist nur an Hand eines Regiebuches zu verstehen. Da sind zunächst die Kredite an Autischer. Sie fallen in die kritische Zeit der Stabilisierung, als Geld auf Wechsel um, so gut wie gar nicht zu haben war. In jener Zeit schwamm aber die Seehandlung in Geld und die Vermutung liegt sehr nahe, daß auch andere Leute als Autischer von der Preussischen Staatsbank Geld bekommen haben. Das Schwerwiegende in der ganzen Angelegenheit der Preussischen Seehandlung liegt darin, daß von ihr aus anscheinend erlöschend der Gegenstoß gegen die Stabilisierungsmaßnahme Dr. Schachts geführt worden ist. Dadurch wird der Fall der Seehandlung zu einem besonderen, d. h. politischen Fall.

Es wäre auch zu wünschen, daß durch den Fall Autischer-Michael endlich mal die Frage der enorm hohen Zinsen in Deutschland in den Mittelpunkt der öffentlichen Erörterung gerückt wird. Die hohen Zinssätze spielen in der ganzen Angelegenheit Autischer-Michael-Seehandlung eine ungeheure Rolle. Wir sehen, wie an diesen Zinsen alle Geldinstitute im Verlauf von Tagen zu Grunde gehen und Nischenrechtümer auf Kosten der Gesamtwirtschaft im Sandumdreien neu entstehen. Es ist natürlich, daß eine lebensfähige Debatte über die Diskontfrage bei uns mit Zinssätzen Schluss machen muß, die wohl für Albanien oder Tibet passen, für eine geldbedürftige deutsche Wirtschaft aber, die zu Gunsten eines freibewerbsmäßigen Finanzkapitalismus mit Zinsen, Provisionen usw. überlastet ist, einfach unerträglich sind.

Weiter nimmt der Fall Autischer-Seehandlung dann härteren politischen Charakter an. Wir sehen, daß in der schmerzhaften Zeit der Stabilisierung und der Wirtschaftskrise Hunderte von Beamten auf eigene Hand Geldpolitik machen. Während sich die deutsche Öffentlichkeit darüber den Kopf zerbricht, die Funktionen einer Selbstpolitik wiederherzustellen, während gelehrte Vorträge über das Thema gehalten und noch gelehrtere Bücher geschrieben werden von Beamten, die sich die unerhörtesten Erzeße erlauben. Man muß sich heute noch wundern, daß für die ganze Stabilisierungsaktion überhaupt die Katastrophe vermieden werden konnte. Wir denken zurück an einen Vortrag, den der Reichsbankpräsident Dr. Schacht zu jener Zeit im Zentralausschuß der Reichsbank gehalten hatte. In diesem Vortrag forderte er strenge Zentralisierung der deutschen Geld- und Kreditpolitik. Heute erst erfährt man halbwegs, welche Motive dieser Forderung, die fast einem Schrei aus tiefer Not sind, zugrunde lagen, und man wundert sich, wie wenig sich die Parlamente in Deutschland mit diesen Fragen beschäftigten, in denen wirklich ein Stück deutscher Geschichte liegt. Während der Reichsbank stürmische Kommunisten ermit-

tieren mußte und der Preussische Landtag beispielsweise hundertlang darüber debattierte, ob Severing eine deutsch-völkische Demonstration mit Recht oder Unrecht verboten hatte, gab es Geheimräte und Oberregierungsräte usw. in Deutschland, in deren Händen die Politik lag, die uns für Jahre in Deutschland die schlimmste sein wird.

Die ganze Angelegenheit Autischer-Seehandlung ist ja heute noch ziemlich ungeklärt. Der bevorstehende Monstreprozeß aber wird ja weiter in die Dinge hineintreten.

Unter Aufsicht der „Sachmänner“.

Nicht außer acht gelassen werden darf, daß es sich bei den beteiligten Beamten um Leute aus dem alten Regime handelt. Man kann sich ungefähr denken, in welchem Maße die bürgerliche Presse diese Dinge dargelegt hätte, wenn Persönlichkeiten an ihnen beteiligt gewesen wären, die das neue Regime auf ihre Posten gestellt hätte. In der letzten Zeit konnten keine Verfehlungen eines Polizeibeamten bekannt werden, mochten sie auch die städtische Polizei, mochten sie auch die Polizei außerhalb Preussens betreffen, ohne daß das „Regime Severing“, die Republik und der Parlamentarismus dafür verantwortlich gemacht wurden. Davon kann nun freilich in der Affäre Autischer keine Rede sein. An der Spitze des der Seehandlung vorgelegten Finanzministeriums steht Herr Dr. v. Richter, Mitglied der Deutschen Volkspartei und „Sachmann“. Ihn hat nicht erst das neue Regime an einen leitenden Posten befördert. Er war schon herzoglich foburgischer Finanzminister und königlich preussischer Oberpräsident. Die Seehandlung selbst, von jeher eine Domäne der Konservativen, hat auch unter der republikanischen Staatsform ihren Charakter bewahrt. Der frühere Seehandlungspräsident v. Dombrowski gehörte ebenso der Deutschnationalen Volkspartei an wie der jetzige Präsident, der bisherige Staatssekretär Schröder. Der Staatsfinanzrat Dr. Rühle, der wegen des dringenden Verdachtes der Untreue verhaftet worden ist, gehört ebenso zum Stamm alter Staatsbeamten (er war bereits 1906 in die Dienste der Reichsbank getreten) wie alle übrigen Beamten, die in die Affäre verwickelt sind. Nicht ein einziger ist unter ihnen, der etwa als Inhaber des neuen Regimes von diesem berufen worden ist.

Keinem Verständigen wird es einfallen, etwa die Deutschnationale Volkspartei für die Verfehlungen von Beamten verantwortlich zu machen, die ihr angehören oder ihr nahe stehen. Und man wird auch natürlich nicht die Deutsche Volkspartei als die Schuldige an den Pranger stellen, weil ein volksparteilicher Minister letzten Endes die Verantwortung trägt. Aber welche Angriffe gegen Marxismus, Sozialdemokratie und Republik hätte man wohl in der gesamten Reichspressen leisten können, wenn etwa der Fall des thüringischen Staatsbankpräsidenten Loeb ähnliche Vorgänge zutage gefördert hätte. Trotz der genauesten Untersuchung ist gegen Herrn Loeb doch nur erwiesen, daß er mit großem Erfolge für den thüringischen Staat tätig gewesen ist und diesem Millionenvermögen zugeführt hat, während die Autischer-Affäre mit einem Verlust von fünfzehn Goldmillionen für die Preussische Staatsbank zu enden droht. Vielleicht lernen die deutschnationalen Verleumder aus diesen Vorgängen, daß es nicht genügt, den Keßruf „Gegen den Marxismus“ anzustimmen und nach „Sachbeamten“ zu rufen, um Verfehlungen von der Beamtenhaft fernzuhalten, nachdem sich jetzt die gravierendsten und den Steuerzahler am meisten belastenden Vorgänge in einem Institut ereignet haben, das eine Domäne rechtsgerichteter Kreise war.

Verhaftung der Brüder Barmat.

Da sich eine Beteiligung des bekannten Barmat-Konzerns beim Autischer-Konzern herausgestellt haben soll, hat die Staatsanwaltschaft sämtliche dem Barmat-Konzern angehörenden industriellen Unternehmungen sperren lassen und die Brüder Barmat vorläufig festgenommen. Es handelt sich um vier Brüder. Auch einige leitende Angestellte sind verhaftet. Gegen alle besteht der Verdacht des Kreditbetruges. Der Barmat-Konzern ist erst im Laufe dieses Jahres entstanden. Er verbankte seine Existenz hauptsächlich der Deflation. Die Brüder Barmat waren allerdings schon vor dem Kriege bekannt, als sie im Jahre 1906, aus Ausland eingewandert, in Amsterdam ein Import- und Exportgeschäft gründeten. Sie haben später die niederländische Staatsbürgerschaft erworben. Neben dem Textilgeschäft wurde von Amsterdam vor allem das Ein- und Ausfuhrgeschäft betrieben. Der Import von Lebensmitteln in Deutschland führte später zum Kreditgeschäft, das mit der Stabilisierung den ersten Rang im Geschäftsbetrieb der Brüder Barmat einnahm. Die in Edelwänta ausgenutzten Kriegsgewinne ermöglichten die Herabgabe bedeutender Gelder. Dabei wurden öffentlich-rechtliche Kreditinstitute mit herangezogen. Als nun ein großer Teil der Kredite nicht mehr zurückgezahlt wurde, wurden diese Kredite in Beteiligungen umgewandelt. Auf diese Weise brachten die Brüder Barmat mehrere Dutzend Unternehmungen unter ihre Herrschaft, zu denen als wichtige Gesellschaften gehören: die J. Roth, Energiebetriebe Aktiengesellschaft, die Berlin-Burger Eisenwerke Aktiengesellschaft, zwei durch die Inflation stark aufgeblühte Industrieunternehmen, die Eisen-Rathes Aktiengesellschaft in Magdeburg, der Kellnerkonzern (Zerzfabrikation) sowie eine ganze Reihe von Firmen der Bricket-Industrie, der Papierfabrikation, Sägemerke, Reberbetriebe, Sandsteinwerke, Handels-Gesellschaften u. a. Außerdem gehört noch eine Reihe von Banken zum Barmatkonzern, nämlich die Deutsche Werksbank in Berlin, die Bremer Privatbank Akt.-Ges., Berlin, die Preussische Hypothekbank in Berlin, die Allgemeine Handelsbank Akt.-Ges. in Altona und verschiedene andere. Alles, wie man weiß, keine besonders erflaffigen Unternehmungen, deren finanzielle Widerstandsfähigkeit auch in der letzten Zeit noch teilweise unstritten ist. Die Finanzpolitik der Brüder Barmat ist schon früher Gegenstand von Erörterungen gewesen.

Wirtschaft, Handel, Schifffahrt

Die Goldparität des englischen Pfundes. Wie der Souveräner Wirtschaftsberichterhalter des B. L. drahtet, hat der Pfundkurs am 20. Dezember mit 478/8 den Höchststand erreicht, seitdem die englische Regierung am 20. März 1919 die während des Krieges ausgeübte Interventionstätigkeit eingestellt hatte. Wenn an der Erreichung der Goldparität von 488/8 noch circa 13 Punkte fehlen, so nimmt man nun an, daß in kürzester Zeit die Goldwährung wiederhergestellt werden wird. Wie es heißt, wird möglichst bald in den nächsten Wochen im Auslandsverkehr wieder Goldzahlung erfolgen. Allerdings bestehen noch nach wie vor verschiedene Strömungen gegen eine schnelle Rückkehr zum Goldstandard, da diese die in der letzten Zeit kaum etwas verbesserte englische Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt von neuem erschweren dürfte. Die bremsende Wirkung dieser Strömung hat sich jedoch während der in den letzten Wochen vor sich gegangenen Pfundhaufe nicht als allzu stark erwiesen und dürfte dem Willen Neuyorks, das Pfund auf Goldparität zurückzuführen, nicht standhalten können. Auch bei der soeben erfolgten neuen russischen Pfundsteigerung scheint die Initiative von Wallstreet auszugehen, das ja aus verschiedenen Gründen an der Stabilisierung des Pfundes besonders stark interessiert ist. Das Zusammenstürzen des Pfundparität auf 27 Prozent gegen 10 Prozent zum Ausgang des vorigen Jahres ist ein gutes Omen für die Stabilisierung der internationalen Valutaverhältnisse überhaupt. Denn zweifellos wird die endgültige Rückkehr des Pfundes auf Goldparität einen starken Einfluß auf die Währungs- politik aller mit ihren Stabilisierungsmaßnahmen bisher noch zögernden Länder haben.

Ueber die Arbeitslosigkeit in Polen erkrankete der polnische Arbeitsminister Sokal den Pressevertretern einen Bericht, in dem er betonte, daß man nicht tatenlos der Lage zusehe, sondern daß die polnische Regierung beschließen habe, möglichst alle Regierungsarbeiten nur an die Industrie des eigenen Landes zu vergeben. Eine bedeutende Besserung der Lage erwartet der Minister von den Kanalisations- und Wasserleitungsarbeiten in Lodz, wo nicht nur alle Lodzer Arbeitslosen beschäftigt werden würden, sondern auch noch Arbeitslose aus anderen Orten herangezogen werden könnten. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt nach den Angaben des Ministers in Lodz 37 000, im Dombrowaer Kohlenbecken 11 000, in Schlesien 37 000, in Czestochau 3000, im Krapitzgebiet 4500, in Kalisz 2000. Der Minister behauptet, daß die Arbeitslosigkeit in Deutschland und England größer sei als die in Polen.

Bevorstehende Ermäßigung kongress-polnischer Eisenpreise. Der Verband der kongress-polnischen Eisenhüttenwerke beschloß am Neujahr eine Ermäßigung der Preise verschiedener Eisensorten eintreten zu lassen. Die neuen Preise werden unter den polnisch-oberösterreichischen Eisenpreisen bleiben, damit die Konkurrenzfähigkeit der Werke erhalten bleibt.

Gründung einer Textilbörse in Lodz. Die neu zu gründende Textilbörse in Lodz hat bereits die Genehmigung ihrer Satzung von den zuständigen Regierungsbehörden erlangt. Der Einrichtung dieser Börse wird jedoch von gewissen Kreisen noch immer großer Widerstand entgegengebracht. Infolge dessen hat sich jetzt der Textilindustriellenverband an die Wojewodschaft mit dem Ersuchen gewandt, die Eröffnung der Börse möglichst schnell zu veranlassen.

Aufhebung des litauischen Flachsmonopols. Angehts der ungünstigen wirtschaftlichen Lage des litauischen Flachsmonopols hat laut „Konfessionär“ der Sejm einen Beschluß gefaßt, wonach das Monopol im Jahre 1925 aufgehoben wird.

Valutafest durch Zugussätze in Dänemark. Das Gesetz zur Besserung der dänischen Valuta ist nunmehr im Parlament angenommen worden. Die Zölle auf Pelzwaren werden von 20 auf 40 Prozent, die Zölle auf Seide und Seidenwaren, die bisher 35 Prozent vom Werte betragen, um weitere 10 Prozent erhöht. Die Erhöhung gilt vom 1. Januar 1925 bis 31. Dezember 1926. Im übrigen erhöht sich die Einkommensteuer für zwei Jahre um 1/4. Zölle und Steuer auf Starkbier und Wein werden vergrößert, die Umsatzsteuer auf Automobile ist verlängert worden.

Weltkartellierung in der Glühlampenindustrie. Auf Veranlassung der in der Döram G. m. b. H. zusammengefaßten vier deutschen Haupterzeuger (A. E. G., Siemens u. Halske, Auer, Julius Fintsch) und der mit letzterer firmierten General Electric Co. fanden dieser Tage in Paris Besprechungen mit anderen europäischen Glühlampenproduzenten über eine gemeinsame Festlegung politischer Richtlinien statt. Diese Besprechungen, die einer unmittelbaren Kartellierung aller Produzenten dienen sollen, haben zur vorläufigen Einigung geführt. Die Besprechungen mit den tschechoslowakischen und österreichischen Produzenten haben vor längerer Zeit bereits ein befriedigendes Ergebnis erzielt. Die erste Vereinbarung, die zustande gekommen ist, hat einen gegenseitigen Austausch von Patenten und Erfahrungen zum Gegenstande. Außerdem sind Schritte zur technischen Vervollkommnung und Weiterverarbeitung der Glühlampen und die planmäßige Versorgung der Glühlampemärkte vorgezogen.

Aufnahme einer Pariser Stadtsanleihe in Newyork. Der Gemeinderat von Paris hat vom französischen Finanzministerium die Genehmigung erhalten, in den Vereinigten Staaten eine Anleihe im Betrage von 620 Millionen Francs aufzunehmen. Die Verhandlungen mit einem Newyorker Finanzkonsortium über die Anleihebedingungen sind bereits zum Abschluß gelangt. Der Erlös der Anleihe, die eine Rendite von 8,7 Prozent bringen soll, ist zum Ausbau des Pariser Untergrundbahnnetzes bestimmt.

Zollkrieg zwischen Spanien und Belgien. Nach einem Telegramm aus Brüssel ist der Zollkrieg zwischen Spanien und Belgien jetzt von beiden Seiten erklärt worden. Der belgische „Staatsanzeiger“ veröffentlicht eine Liste von Erhöhungen der Zölle auf eine Reihe von spanischen Erzeugnissen, für die jetzt der Maximaltarif gelten wird, nachdem Spanien infolge des Nichthandelskommens eines Handelsvertrages entsprechend vorangegangen ist.

1825

E. G. GAMM

1925

Telephon Nr. 194 Seifenfabrik Breitgasse 130-132

Hundert Jahre Gamm-Seifen

Das Beste für die Wäsche

Kleine Nachrichten

Wettersturz in Schlesien. Im ober-schlesischen Gebirge ist ein großer Wettersturz eingetreten, besonders auf dem Stamm hat ein anhaltender Schneefall eingesetzt. Der Schnee liegt zehn Zentimeter hoch bei 1 Grad Kälte. Dem Wettersturz ging ein äußerst heftiger Sturm voraus, bei welchem Passanten, die durch den Melzer Grund gingen, nur auf allen Vieren oder mit Hilfe von Seilen und Ketten sich vorwärts bewegen konnten.

Ungewöhnliche Kälte in Italien. Nach einer Meldung aus Rom hat Italien seit langem keinen so strengen Winter zu verzeichnen gehabt wie in diesem Jahre. In Rom sank das Thermometer auf fünf Grad unter Null, im nördlichen Italien schwankt die Temperatur zwischen zehn und fünfzehn Grad unter dem Gefrierpunkt. Viele Flüsse und fast alle Teiche sind zugefroren.

Schiffsunfälle auf der Ostsee. Der deutsche Dampfer „Askanie“, der die Route Kopenhagen-Niel fährt, überrannte in der Nähe von Nordal den dänischen Dampfer Gerda aus Kopenhagen. Der Dampfer sank augenblicklich. Es gelang, die Besatzung zu retten. Das isländische Telegraphenbureau teilt mit: Der deutsche Schoner Sautmeyer aus Emden strandete bei Hjörten. Die zwölfköpfige Besatzung erreichte im Rettungsboot Hjörten. Es scheint ausgeschlossen, daß das Fahrzeug flottgemacht werden kann.

Das Geheimnis der Kohlenfunde in Niederbayern. Gewaltige, bisher unbekannte Kohlenlager waren im niederbayerischen Kottal bei Lettenweis diesen Sommer entdeckt worden. Das Nutzungsrecht wurde von einer eigens gegründeten Gesellschaft erworben, man plante den Bau einer Eisenbahn und einer Arbeiterkolonie. Nach den ersten über-

raschenden Funden war aber plötzlich keine Kohle mehr da, und jetzt erzählt die „Nottaler Zeitung“, wo sie hingekommen ist. Die Entdecker der „Gruben“ haben nämlich durch ein Rohr Kohle in den Schacht zu schaffen verstanden, die dann von dem Bohrer immer wieder als „Lettenweiser Kohle“ herausgeholt wurde. Der Hauptmacher der angeleglichen Gesellschaft, ein Baron, und sein Bohrmeister haben das Geheimnis preisgegeben. Die Affäre erinnert an den Delheim-Schwindel aus dem Jahre 1881, einen der schlimmsten Auswüchse des Gründertums.

Norwegens Hauptstadt Oslo. Gestern hat Kristiania offiziell seinen Namen und damit die Erinnerung an die dänische Vergangenheit abgelegt und den Namen der alten norwegischen Königs- und Krönungstadt Oslo angenommen.

Errichtung von Stauwerken am Main. Die gewaltige Entwicklung der Rhein- und Mainschifffahrt hat bewiesen, daß die 1886 erfolgte Kanalisierung des Main zu einem großen Schiffsverkehrswege für die weitere Entwicklung unzureichend ist. Die 1912 erreichte Höchstleistung des Güterverkehrs mit 2,6 Millionen Tonnen zu Berg und 0,8 Millionen Tonnen zu Tal kann bei den bestehenden Anlagen nicht erreicht, geschweige denn überschritten werden. Es sind Pläne für eine Kanalisierung von Frankfurt bis zur Mündung fertiggestellt, nach welchen in dem über 10 Meter hohen Gefälle dieser Sperre zwei Stauwerke errichtet werden sollen, die nicht allein den größten Rheinschiffen zugänglich gemacht werden sollen, sondern auch Kraftquellen dienen können. Man rechnet damit, daß die Arbeiten im Frühjahr begonnen werden.

Kommunistischer Uebertritt zur SPD. Die Differenzen innerhalb der kommunistischen Fraktion des Reichstages haben dazu geführt, daß der Landtagsabgeordnete Jungbluth aus der kommunistischen Partei aus-

getreten ist und sich der sozialdemokratischen Fraktion angeschlossen hat. Er galt als das intelligenteste Mitglied seiner Fraktion, in der er nach einer gemäßigten und sachlichen Politik drängte und als Gegner des immer wiederkehrenden unfruchtlichen Badaus auftrat. Angesichts der hartnäckigen, jede sachliche Arbeit ablehnenden Obstruktionspolitik, die kürzlich zu dem Ausschluß der gesamten kommunistischen Fraktion und in der darauffolgenden Sitzung zum Hinauswurf des Fraktionsführers Wenzel führte, zog Jungbluth die Konsequenzen und schloß sich jetzt der sozialdemokratischen Partei an.

Neue Währung in Guatemala. Die Regierung von Guatemala hat jüngst durch ein Dekret ein neues Münzgesetz erlassen, um ihre Währung zu stabilisieren. Die neue Münzeinheit wurde Quetzal genannt und hat den Wert eines amerikanischen Dollars oder 80 guatemalischer Papierpesos.

Sauerstoff zur Luftverbesserung. Im Pariser Stadtrat ist lebhafteste Frage darüber geführt worden, daß in den Tunneln der Untergrundbahn eine unerträgliche Luft herrsche. Der Polizeipräfekt hat daraufhin die Verkehrsbehörden ersucht, gemeinsam mit der Direktion der Untergrundbahn zu erwägen, wie man die Luft in den Tunneln verbessern könne. Vorge schlagen wurde zunächst die Anwendung von aromatischen und desinifizierenden Substanzen. Seit einigen Tagen ist man dazu übergegangen, Sauerstoff in großen Mengen zur Verbesserung der unterirdischen Atmosphäre anzuwenden, und, wie die Pariser Blätter berichten, hat man damit bereits ausgezeichnete Erfolge erzielt.

Verantwortlich: für Politik Ernst Koops für Danziger Nachrichten und den übrigen Teil Fritz Weber, für Inserate Anton Kooßen. sämtlich in Danzig. Druck und Verlag von A. Gehl & Co. Danzig.

INVENTUR AUSVERKAUF

Beginn

Montag, den 5. Januar 1925

morgens 9 Uhr.

16001

der sensationellste Verkauf

der seit langen Jahren veranstaltet wurde. Die Riesenlager müssen verkleinert, die Saisonwaren unter allen Umständen, und sei es unter den größten Opfern, geräumt werden.

Die hochwertigsten Waren

insbesondere sind es, für die in heutiger Zeit der notwendige Kreis der Abnehmer fehlt, und diese Waren sind es ganz besonders, die wir sozusagen hinauswerfen und

die jeder billig kaufen kann

weil wir unbedingt räumen wollen. Alle Abteilungen bieten wirklich Hervorragendes, und es dürfte sich nicht sobald wieder eine gleiche Gelegenheit bieten, wo Sie so billig kaufen können.

Reymann

Danziger Nachrichten

Die Ausgaben für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung.

Der Etat der Abteilung Wissenschaft, Kunst und Volksbildung für das Haushaltsjahr 1925 weist eine Einnahme von 1.331.240 Gulden und eine Ausgabe von 10.049.170 Gulden auf. Hinsichtlich der enthaltenen Summen rangiert dieser Etat an zweiter Stelle von sämtlichen staatlichen Haushaltsplänen. Im letzten Haushaltsplan war eine Einnahme von 712.810 Gulden und eine Ausgabe von 9.415.870 Gulden enthalten. Der Zuschuss beträgt in diesem Haushaltsplan 9.608.930 Gulden, während im vorjährigen Etat ein Zuschuss von 8.702.560 Gulden enthalten war. Die Einnahmen setzen sich aus Unterrichtsgebühren und Miteinnahmen zusammen. Die Ausgaben detaillieren sich wie folgt: Technische Hochschule 2.018.280 Gulden, staatliches Gymnasium 197.140 Gulden, Kronprinz-Wilhelm-Realgymnasium 149.560 Gulden, Lehrerseminar in Rangfuhr 30.500 Gulden, Landwirthschaftsschule 33.400 Gulden, Volksschulen 7.375.520 Gulden, Fachschulen 292.770 Gulden, für Verwaltungskosten der Senatsabteilung 49.800 Gulden, sonstige wissenschaftliche Einrichtungen 17.950 Gulden, Pflege der Leibesübungen 148.000 Gulden, Museum und öffentliche Kunstpflege 119.120 Gulden, Staatsarchiv 55.000 Gulden und einmalige Ausgaben 162.400 Gulden.

Auf den Kopf der Besucher der einzelnen Schuleinrichtungen entfallen folgende Ausgaben: Technische Hochschule bei etwa 650 Hochschülern 3105 Gulden, wovon eine Einnahme von 863 Gulden pro Schüler abgeht, staatliches Gymnasium 770 Gulden, Kronprinz-Wilhelm-Realgymnasium 433 Gulden. An Schulgeld wird bei den letzteren beiden höheren Schulen 180 Gulden pro Jahr erhoben. Die letztere Lehramt wird von 256 Schülern, die letztere von 345 Schülern besucht, 15 Prozent davon sind Freischüler. Bei den Ausgaben für die Volksschulen entfallen bei einer Anzahl von rund 20.000 Schülern und Schülerinnen auf den Kopf etwa 370 Gulden. Hierbei ist aber zu berücksichtigen, daß bei den Volksschulen auch die Gemeinden noch Unterhaltungskosten zu zahlen haben. Unter den Ausgaben befinden sich folgende Beihilfen: für wissenschaftliche Forschungen 5200 Gulden, an den Naturhistorischen Verein 1250 Gulden, an die Naturforschende Gesellschaft 2500 Gulden, für wissenschaftliche Kongresse und Reisen 1000 Gulden, für bedürftige Danziger, die an auswärtigen Hoch- und Fachschulen studieren 2500 Gulden, für bedürftige Danziger Künstler und Gelehrte sowie deren Hinterbliebene 1000 Gulden, an das Konradinum 80.000 Gulden, an das Realgymnasium und die höhere Mädchenschule Ziegenhof 37.500 Gulden, an die Rektoratschule Neuteich 10.000 Gulden, an die fünf Privatschulen in Danzig 60.000 Gulden, an das Pnauum und Realgymnasium in Oliva 10.000 Gulden, zur Bewilligung weiterer Zuschüsse an die nichtstaatlichen Lehranstalten im Bedarfsfalle 120.000 Gulden, an Stipendien an bedürftige und würdige Schüler und Schülerinnen der höheren Lehranstalten, insbesondere aus dem Landbesitz 25.000 Gulden, zur wissenschaftlichen und pädagogischen Fortbildung der Lehrpersonen an den höheren Lehranstalten 2000 Gulden zur Förderung des Turn- und Sportbetriebes an den Schulen 2000 Gulden, für eine Förderklasse an den höheren Schulen 2000 Gulden.

Bei den Volksschulen sind eingestellt: an Besoldung der Volksschullehrpersonen einschl. der Kosten für Vertretung 5.998.000 Gulden, Beihilfen zur Teilnahme an Kurien und für die Arbeitsgemeinschaft der Junglehrer 8000 Gulden, Unterstützungen an aktive Lehrpersonen 12.540 Gulden, an im Ruhestand befindliche Personen 1334 Gulden. Bau- und Beihilfen an Schulverbände für Schulbauten 460.000 Gulden für 8 Neubauten und Instandsetzungen ländlicher Schulen, in 7 Schulen müssen neue Klassenräume geschaffen werden, weil 12 Klassen fehlen, Ruhegehaltsbezüge an Lehrpersonen 504.385 Gulden, Witwen- und Waisenaelder für Hinterbliebene verheirateter Lehrpersonen 204.270 Gulden, Unterstützungen an würdige und mittellose Schüler der Mittels- und Volksschulen 4000 Gulden, Beihilfen an die an Privatschulen beschäftigten Lehrpersonen 30.000 Gulden, Entschädigung und Unterstützungen, an frühere Privatschulpersonen und deren Hinterbliebene 80.470 Gulden, für das Lehrerinnenferienabends 3000 Gulden und das Lehrerinnenheim in Rappot 1000 Gulden, außerdem für Kindergärten, Kinderhorte und Kindergärtnerinnenseminare 500 Gulden.

Die städtische Handwerker- und händliche Fortbildungsschule der Stadt Danzig erhält einen festen Zuschuss von 100.000 Gulden, einen Zuschuss zu den Ruhegehaltern der Lehrpersonen von 6.499 Gulden und als Beihilfe zu den Kosten eines Fortbildungsinstitutunterrichtes für Landkulturen 100 Gulden. Bei der Handels- und höheren Handelsschule trägt der Staat 1/4 der nicht durch Schulgeld gedeckten Kosten und zwar 13.662 Gulden. Die Gewerbe- und Haushaltungsschule in Rangfuhr erhält einen festen Zuschuss von 45.000 Gulden, die Fortbildungsschule in Rappot erhält 8495 Gulden, Oliva 8145 Gulden, Prant 224 Gulden, Dora 4807 Gulden, Ziegenhof 3092 Gulden und zur Erhaltung dieser Zuschüsse sind noch 3687 Gulden in den Etat

eingesetzt. An kleinere ländliche Fortbildungsschulen, insbesondere zur Einrichtung weiterer Schulen auf dem Lande sind 8000 Gulden und an Aus- und Fortbildungskursen für Lehrer an den Berufsschulen sind 2000 Gulden angefordert worden.

Für Sportzwecke werden bewilligt: Beihilfen für Pflege von Leibesübungen, insbesondere im Landgebiet 8000 Gulden (in diesem Jahre um die Hälfte höher, da die Zahl der Jugendvereinigungen bedeutend gewachsen ist), für sportliche und turnerische Veranstaltungen 1500 Gulden, für leistungsschwache Gemeinden zur Anlage von Spiel- und Sportplätzen und Beihilfen zur Unterstützung von größeren turnerischen und sportlichen Veranstaltungen 3000 Gulden. In die Rubrik „Pflege der Leibesübungen“ sind dann noch 100 Gulden zur Verteilung von Abdrücken der Verfassung der Freien Stadt als Lehrmittel für die Volksschulen eingestellt worden. Das ist die gesamte Ausgabe für die nach der Verfassung unentgeltlich zu liefernden Lernmittel. Wann wird nur diese Bestimmung, vom Senat zur Durchführung gebracht werden? Was mag sich aber auch nur durch den Senat gedacht haben, als er die Ausgaben für das Studium der Verfassung unter die Ausgaben zur Pflege der Leibesübungen setzte?

Das im Grünen Tor und im Mühlenturm untergebrachte Museum für Naturkunde und Vorgesichte soll nach dem alten Zeughaus verlegt werden, wodurch eine bessere Ausweisung und Auswertung der Sammlungen ermöglicht werden soll. Zum Ankauf von kunstgewerblichen Gegenständen für das Kunstgewerbe-Museum werden 5000 Gulden benötigt und für Unterhaltung der Vorbildersammlung hieran 1000 Gulden. Zur Unterhaltung von Bau- und Kunstdenkmälern und zur Unterbringung historischer und künstlerischer Gegenstände im Schloss Oliva 5000 Gulden benötigt, für sonstige Zwecke der öffentlichen Kunstpflege 3000 Gulden. Die einmaligen Ausgaben von 162.400 Gulden werden für den Ausbau innerhalb der Technischen Hochschule benötigt.

An Beamten, Inaktiven und Arbeitern werden beschäftigt: bei der Technischen Hochschule 66 planmäßige Beamte, 40 nichtplanmäßige Beamte, 8 Angestellte und 58 Arbeiter, beim staatlichen Gymnasium 19 planmäßige Beamte, beim Kronprinz-Wilhelm-Realgymnasium 16 planmäßige Beamte, beim Lehrerseminar 2 planmäßige Beamte, bei den Volksschulen 951 planmäßige Lehrpersonen und 94 ein- bis zweifach angestellte Lehrpersonen und beim Museum für Naturkunde und Vorgesichte 4 planmäßige Beamte. Nach Gehaltsgruppen geordnet sind Beiräten vorhanden in Gruppe III 5, IV 7, V 6, VI 6, VII 4, VIII 474, IX 825, X 195, XI 128, XII 9, XIII 5 und in Sondergruppe I 9, in Sondergruppe II 37.

Krankenkassenauswahl im Großen Werder

Die Auswahlgewahl für die Maecine Ortskrankenkasse für den Kreis Großer Werder findet am 11. Januar 1925 für beide Gruppen statt. Für die Wahl der Vertreter der beiden Gruppen sind nur die eingetragenen Wahlberechtigten zugelassen. Aus Versicherungsfreien sind nur volljährige Versicherte wahlberechtigt.

Das Wahlrecht ist in Person auszuüben. Es kann gefordert werden, daß sich die Wähler über ihre Person und Wahlberechtigung ausweisen. Der Wähler erhält in Wahlraum einen Umschlag, der mit dem Stempel der Kasse versehen ist, tritt sodann an einen absonderten Tisch, wo er seinen Stimmzettel unbeschadet in den Umschlag legt, und überreicht hierauf den Umschlag unverkündet unter Nennung seines Namens dem Vorsteher oder dem von diesem bezeichneten anderen Mitglied der Wahlkommission. Wähler, die durch körperliche Gebrechen behindert sind, ihren Stimmzettel eigenhändig in den Umschlag zu legen und dem Vorsteher des Wahllokales zu überreichen, dürfen sich der Beihilfe einer Person bedienen. Die Wahlkommission ist immer die Anwesenheit des Vorstehers im Wahlraum. Der Name eines Wählers in dem Umschlagvermerk ist nicht enthalten. Es wird er zur Wahl nur zugelassen, wenn er in einer förmliche Mitteilung des Wahllokales nachweisen kann, daß er keine Wahlberechtigung nachweisen kann. Als Nachweis genügt in der Regel für die Wahlkommission eine vom Arbeitgeber ausgestellte Bescheinigung, daß der Betreffende am Tage der Wahl noch in Beschäftigung steht. Für Arbeitgeber die Leitung über die zuletzt genannten Stellen.

Um 3 Uhr nachmittags schließt der Wahllokale die Wahl. Nur die am Schluß der Wahlhandlung im Wahlraum anwesenden Wähler dürfen dann noch von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen. Nach Schluß der Wahl werden die Stimmzettel in der Urne durcheinandergeschüttelt und vom Wahllokale die Wahl der Wähler die Wahlkommissionen, sowie die Wahl der Urne befindlichen Wahlberechtigten festgestellt. Hierauf werden die Wahlkommissionen in einem verschlossenen Brief mit der Wahlkommission und der Wahlkommission über die Wahlhandlung dem Vorstand zur Wiederprüfung über die Wahlhandlung dem Vorstand zur Genehmigung des Wahlergebnisses überreicht. Das Wahlergebnis wird durch den Vorstand mitzuteilen bis zum Ablauf von zwei Wochen nach dem Wahltag ermittelt und hierauf alsbald bekannt gegeben.

Wahlvorsatz V. 1

ist der Wahlvorsatz der Freien Gewerkschaften für den Kreis Gr. Werder und schließt folgende

Gewerkschaftler zur Wahl vor: Als Vertreter: Großmann, Wilhelm, Töpfer, Ziegenhof; Bauer, Rudolf, Maurer, Neuteich; Sufomski, Johann, Bauhilfsarbeiter, Eichwalde; Kruppke, Johann, Kleinbäuer, Ziegenhof; Dreier, Heinrich, Zimmerer, Ziegenhof; Fischer, August, Maurer, Neuteich; Wetzel, Johann, Kleinbäuer, Neuteich; Biesler, Alfred, Angelegter, Neuteich; Remowski, Jakob, Zimmerer, Neuteich; Fensel, Wilhelm, Kleinbäuer, Ziegenhof; Hemmlich, Fritz, Maurer, Neuteich; Radde, Otto, Schlosser, Kalthof.

Als Ersatzmänner: Schönhoff, Gustav, Maurer, Schönberg; Weichmann, Hermann, Maschinist, Neuteich; Landt, Eduard, Maurer, Viehschinder; Wasilewski, Josef, Bäcker, Mierau; Kunau, Albert, Maurer, Kalthof; Klein, Adolf, Maurer, Schöneberg; Jählich, Ien., Johann, Kleinbäuer, Neuteich; Schulz, Cornelius, Wegewärter, Brodack; Engler, Josef, Maurer, Neuteich; Will, Friedrich, Dachdecker, Ziegenhof; Grobnick, Emil, Bauhilfsarbeiter, Schöneberg; Ziesche, Julius, Schlosser, Brodack; Federan, Albert, Maurer, Neuteich; Sufomski, Franz, Kleinbäuer, Eichwalde; Pompeck, Johann, Arbeiter, Neuteich; Gusti, Albert, Fleger, Kalthof; Brandt, Eduard, Kleinbäuer, Ziegenhof; Wohlgenuth, August, Kleinbäuer, Ziegenhof; Dplawski, Jakob, Fleger, Neuteich; Gutowski, Johann, Maurer, Gr. Dichtenau; Schwarz, Albert, Fleger, Neuteich; Dschemski, Franz, Maurer, Schöneberg; Stopfinski, Heinrich, Bauhilfsarbeiter, Neuteich.

Jeder aufrechte Arbeiter gibt seine Stimme dieser Liste!

Grenzbelästigungen. Zwei Mädchen in Tiefenthal hatten sich vor dem Schöffengericht wegen Beihilfe zum Schmuggel zu verantworten. Das eine Mädchen erhielt den Besuch eines Verwandten aus Eggershütte in Polen. Die beiden Mädchen begleiteten dann den jungen Mann auf seinem Heimwege. Sie gingen an dem Zollposten auf Danziger Seite vorüber und 200 Meter vor der Grenze kehrten die beiden Mädchen um. Auf dem Rückwege wurden sie von dem Danziger Zollposten nach dem Personalausweis gefragt, den sie nicht bei sich hatten. Sie waren nicht verpflichtet, ihn bei sich zu führen. Sie können nicht an die Grenze heran gehen, ohne einen Ausweis zu besitzen. Nur dürfen sie die Grenze nicht überschreiten. Der junge Mann hatte keine Waren geschmuggelt, sondern war nur besuchsweise herüber gekommen. Die beiden Mädchen erhielten nun Auflagen. Das Gericht sprach sie aber frei, da es ihren Angaben vollen Glauben schenkte und eine Beihilfe zum Schmuggel nicht vorliege.

100jähriges Geschäftsjubiläum. Die Firma E. G. Gamm in Seifenfabrik, beginnt mit dem heutigen Tage das hundertste Jahr ihres Bestehens, wenn auch der eigentliche Eröffnungstag erst am 18. Oktober fällt. Es ist ihr gelungen, alle Krieger- und Nachkriegsnöte glücklich zu überleben. Auch drei Brüder Gamm sind nacheinander hier in Danzig etabliert. Friedrich Wilhelm Gamm in der Hundegasse 1814, Johann Karl Gamm in der Breitgasse 1818 und Eduard Gustav Gamm auf dem 1. Dam 1925. 1858 nach dem großen Brande, der von der großen Mühlengasse ausgehend, das ganze Häuserviertel bis zur Breitgasse und bis zum Holzmarkt niederlegte, zog die Familie Johann Karl Gamm's nach der Heiligen-Geist-Gasse in das Haus des Hof-Bürgermeisters Gralat, und Oskar Gamm, der Sohn Eduard Gamm's, bezog mit seiner Firma E. G. Gamm, die Braudstraße und baute sie neu auf. Und so groß war das Terrain, daß nach dem Verkauf der alten Sonagasse 1888, die wie eine Enklave im Grundstück lag, der Entel und jetzige Mühlengasse Karl Gamm, sie maschinell so modern ausbauen konnte, wie es der Neuzug, entspricht und noch lange nicht die Grenze der Ausnutzungsmöglichkeit erreicht hat. Möge es der Familie Gamm und Firma E. G. Gamm im neuen Säkulum beschieden sein, sich so weiter erfolgreich zu behaupten, wie bisher.

Die Stenemanns-Sterbekasse hält am Sonntag, den 4. Januar 1925, nachm. 1-5 Uhr, Hintergasse 16, ihren Kaffeetag ab zur Entgegennahme der Beiträge und Aufnahme neuer Mitglieder. Die Entwicklung der Kasse im Jahre 1924 ist überaus günstig gewesen, was aus der Zahl von 19.000 Mitgliedern hervorgeht, die im Verlaufe von einem Jahre gewonnen sind. Die bisherige Wertzeit ist in Vorfall gekommen und zwar bei allen Todesfällen durch Unfall, Entbindung oder eine akute Infektionskrankheit.

Prant. Ein zweiter Landjägerbezirk ist vom 1. Januar 1925 ab in Prant eingerichtet. Die beiden Bezirke werden wie folgt veraltet: Landjägerbezirk Prant I: Verwaltung: Oberlandjäger Jung, Prant, umfassend die Ortsteile: 1. Prant mit Kochstedt, Prant, Prant und Bonano- wiertel, 2. Wangschin, 3. Nerin, 4. Schwintsch, 5. Bonano- wiertel, 6. Zippelau. Landjägerbezirk Prant II: Verwaltung: Landjäger a. Pr. Dumit in Prant, umfassend die Ortsteile: 1. Prant mit Kochstedt, Prant, Prant und Bonano- wiertel, 2. Prant, 3. Prant, 4. Prant mit Tiefensee, 5. Prant, 6. Prant.

Kalthof. Die Gerichtstage in Kalthof im Lokal Felchnerowski, Dammstraße 17, finden im Jahre 1925 an folgenden Tagen statt: 17. Januar, 14. Februar, 14. März, 11. April, 9. Mai, 6. Juni, 4. Juli, 1. August, 29. August, 26. September, 24. Oktober, 21. November, 19. Dezember.

P.T. Passage-Theater P.T.

Kohlenmarkt Nr. 14-16

Kohlenmarkt Nr. 14-16

„Sterne im Spiegel des Sumpfes“

in 4 Akten. Mit George O'Brien und Dorothy Mackall

Die abenteuerliche Weltumsegelung eines entgleisten Millionärssohnes

Morphium und Kokain - Das Mädchen aus der Opiumhöhle - Die heilige Dirne - Der Kampf mit dem Gift - Ein Spiegel unserer Zeit

Ein Meisterwerk an Romantik und Realistik

Nur noch 3 Tage im Passage-Theater zu sehen

Stadttheater Danzig.

Intendant: Rudolf Schaper.

Heute, Freitag, den 2. Januar, abends 7 Uhr:
Dauerkarten Serie III.

Candida

Ein Mysterium in 3 Akten von Bernard Shaw.
In Szene gesetzt von Oberregisseur Hermann Wenz.
Inspektion: Emil Werner.

Personen wie bekannt. Ende 9 Uhr.
Sonntag, den 3. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr. „Dornröschen“.

Sonntag, den 3. Januar, abends 7 Uhr. Dauer-
karten haben keine Gültigkeit. „Die tote Tante
und andere Begebenheiten“ von Curt Götz.
Sonntag, den 4. Januar, nachm. 2 1/2 Uhr. „Dorn-
röschen“.

Sonntag, den 4. Januar, abends 7 Uhr. Dauer-
karten haben keine Gültigkeit. Neu einstudiert!
„Frühlingsluft“. Operette.

WILHELM-THEATER

Heute Freitag, den 2. Januar 1925

Else Heims als Gast!

Vorletzte Aufführung

„Die Frau von 40 Jahren“

Schauspiel in 3 Akten von Sil Vara.

Sonntag, den 4. Januar 1925

Else Heims als Gast!

Premiere

„Wölfe in der Nacht“

Komödie in 3 Akten von Thaddäus Rittner

Begins 8 Uhr Ende nach 10 Uhr

Vorverkauf: Gebr. Freymann. 1600.

Friedrich-Wilhelm-Schützenhaus

Kleiner Saal

Montag, den 5. Januar 1925, abds. 8 Uhr

Robert Kothe

Lies Engelhardt

Lieder zur Laute

und Zwiesänge zu zwei Lanten

Karten zu 4, 3, 2 u. 1 in der Buchhand-
lung John & Rosenberg, Zeughausstrasse

Kleine Anzeigen

In unserer Zeitung sind
billig und erfolgreich.

Passage-Theater

In den nächsten Tagen
wird die Ehre haben

Gloria Svanson

der pikante amerik.
Star, sich im Film

Die unmögliche Frau

dem Danziger Publikum
im Passage-Theater vorzustellen

Steuermanns-Sterbekasse.

Kassentag: Sonntag, den 4. Januar, nachm. 1-5 Uhr
16005) Hintertage 16

Entgegennahme der Beiträge und Aufnahme neuer
Mitglieder von der Geburt bis zum 65. Lebensjahr
ohne ärztliches Attest bis zu 25000 Gulden.

Die Kasse hat sich im ersten Jahre seit Bestehen
der Geldentwässerung äußerst günstig entwikelt. Dabei
konnten die Sterbegelder schon jetzt erhöht werden
und zwar bei allen Mitgliedern bis zu 65 Jahren
um 5%, und über 65 Jahre von 5 bis 50%.

Die bisherige Barzeit kommt von jetzt ab im
Fertfall, und zwar beim Tode durch Unfall, Ent-
bindung oder eine der nachstehenden Krankheiten:
Schwindsucht, Malaria, Unterleibstyp-hus, Ruhr,
Roh, Hüfteln, Malaria, Cholera, epi-
demische Genickstarre, Rückenschmerz, Pocken, Koh-
len. Beim Tode durch andere Krankheiten als die vor-
stehend genannten werden gezahlt:

in den ersten 16 Wochen 1/2 des Sterbegeldes
in der 17. bis 36. Woche 1/3 des Sterbegeldes
in der 37. bis 52. Woche das halbe Sterbegeld
nach einem Jahre das volle Sterbegeld.

Die Beiträge können an jedem Wochentage von
10 bis 1 Uhr entrichtet werden in den Zahlstellen
Markt 4 und Resourten 2. In der Sonntags-
kassen nach vorheriger Bekanngabe Kassentage kann
Beiträge dürfen nur an den Kassentagen und in der
beiden Zahlstellen entrichtet werden. Für anderweitig
gezahlte Beiträge lehnt die Kasse die Bestimmung ab.
Pünktliche Beitragszahlung ist notwendig, damit
im Sterbefall keine Schwierigkeiten entstehen.

Was bedeutet der 5. Januar?

An diesem Tage beginnt der von der Damen-
und Herrenwelt mit großem Interesse erwartete
Inventur-Ausverkauf der Firma

ROSENBAUM

Breitgasse 126. Die überaus billigen
Preise für gute Qualitätswaren ermöglichen jeder-
mann, seinen Bedarf an Bekleidung zu decken. 16010

Lesen Sie bitte unbedingt das morgige Inserat!



Aus altem Zeug
ein neu Gewand!

Nimm die
Frauenwelt
zur Hand!

Preis des Heftes 40 P
mit Schnittmuster 55 P

Zu beziehen durch:

Buchhandlung J. Gehl & Co.

Am Spandhans 6

Paradiesgasse 32

Ehe Sie

MÖBEL

kaufen,

überzeugen Sie sich von meiner Preiswürdigkeit
Empfehle Speisezimmer, Herrenzimmer,
eichene, nussbaum. u. weiße Schlafzimmer,
einzelne Büfette, Anrichten, Auszieh-
Herren-, Rauch- und einfache Tische,
Vertikos, zerlegbare Schränke, ausb. und
eichene Garderobenschränke mit Spiegel,
eiserne und hölzerne Bettgestelle, Stühle,
Spiegel in versch. Größen, Sofas zum
Klappen, Chaiselongues, auch mit Bett-
kassen, Klubbarnituren, Klubssofas, Klub-
sessel von 100 G, Kucheneinrichtungen,
Flurgarderoben. 15830

Rudolf Wendt

3. Damm 15-16

Tobiasgasse 2

In beiden Geschäften billigste Preise.

Achtung!

Allen meinen wert Kunden
ein fröhl. neues Jahr!

Kuschinsky,

Plappergasse 5, Hof 1 Tr.

Häbste Herren- u. Damen-
maskenköpfe verleiht

billig, von 3 G an 15888

Böttchergasse 3, pt

Damen- Schirme
u. Herren- billig zu verkaufen. (†

Fr. Neumann, (†

Poggenpuhl 14.

Gia. Reparaturwerkstatt.

1 hochtrag. Sterke

zu verkaufen. (†

Klein-Walddorf 15.

Sternfeld's Inventur- Ausverkauf



beginnt

Montag
den 5. Januar

morgens 9 Uhr

Beachten Sie bitte
unsere weiteren Inserate